Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,— RM. frei Haus, bei Postbestellung 1,80 RM. zuzüglich Bestellgeld. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 3gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 49 — 91. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Sonnabend, den 27. Februar 1932

Taten und Worte.

Noch einmal: Goldbilanz — Falsche und gute „Prestigepolitik" — „Blinder Krieg" drinnen und draußen.

Vielleicht ist es eine „Ketzerei", einmal deutlich auszusprechen, daß das hervorstechendste, das unsere Zukunft bestimmende Ereignis der letzten hinter uns liegenden Tage nicht die große Aussprache im Reichstag gewesen ist. Aber Ketzerei kann sein — und ist es oft — nichts anderes als Wahrheit. Wahrheit aber und Ketzerei zugleich ist es, auszusprechen, daß die Großbankenreorganisation für unser Wirtschaftsleben — was man so „Leben" nennt — von allergrößter und hoffentlich allerbester Bedeutung ist. Arbeit an der Sanierung unseres Wirtschaftslebens, also an der Lebensgrundlage von uns allen, ist entschieden von größerer Wichtigkeit als selbst eine „große" Aussprache im Reichstag, wo zwar sehr viel geredet, aber in der Regel nicht übermäßig viel — gesagt wird. Es ist doch schließlich eine Tat von größter Tragweite, wenn etwa zwei Drittel des ganzen privaten Kreditapparates in Deutschland auf einen ganz neuen Boden gestellt worden sind, nachdem man ihn vorher ganz gründlich ge- oder, wie es „moderner" heißt, „be"reinigt hat. Dieser Apparat sollte wieder arbeitsfähig gemacht werden, und man braucht ja selbst dem letzten und kleinsten Gewerbetreibenden, dem Landwirt wie dem Arbeiter, überhaupt allen mit Kreditsorgen unmittelbar gar nicht in Berührung tretenden Volksschichten heute nicht erst klarzumachen, daß das Schicksal, daß das Leben einer Volkswirtschaft in allen seinen Teilen von einem gut und zuverlässig arbeitenden Kreditapparat abhängt. Wie sehr das der Fall ist, haben wir in den acht Monaten furchtbar genug verspürt, als dieser Apparat teils gar nicht funktionierte, teils zu Ersatzmaßnahmen seine Zuflucht nehmen mußte. Für die Sanierung war es zwar schmerzlich, aber notwendig, erst einmal eine unerbittlich klare Lage zu schaffen, um nur feste, nicht schon halb zerbröckelte oder ganz verwitterte Steine zum Fundament oder zur Errichtung des neuen Gebäudes zu verwenden. Wir haben vor acht Jahren nach der Inflationszeit eine „Goldbilanz" aufmachen müssen, die mit grausamer Nüchternheit und unbarmherzigem Griff den papiernen Billionenschleier von unseren Augen riß. Zum zweitenmal stehen wir jetzt mitten drin in einer ähnlichen Aktion, in diesem Zwange, und was jetzt bei den Kreditbanken geschah, ist wohl der Höhepunkt dieses Klarheitschaffens, aber noch längst nicht sein Ende.

*

Von dem Artikel „Worte" haben wir in der Welt nicht bloß schon einen gaurisankarhohen Überfluß, sondern eine sich täglich noch steigernde Produktion. Und hinter diesem Schwall von Worten verbergen sich übelste Taten. Nur Deutschland hat nicht oder kaum die Macht, hinter seine Worte auch Taten zu setzen, und es war darum im Reichstag eine Sensation allerersten Ranges, als der Reichskanzler ankündigte, Deutschland werde in den Auseinandersetzungen mit Litauen wegen der Vorgänge im Memelland nicht davor zurückschrecken, im gegebenen Augenblick auch zu Repressalien zu schreiten. Es ist für den Leiter der deutschen, über Machtmittel nicht verfügenden Außenpolitik immer ganz besondere Vorsicht in der Wahl der Worte gerade dann geboten, wenn diese einmal irgendwelche Taten ankündigen. Und man weiß seit langem, daß Dr. Brüning — wie er in einem der ersten Sätze seiner Rede wieder einmal ausdrücklich erklärte — „sich nie dazu verleiten lassen werde, eine Prestigepolitik zu machen mit Rücksicht auf Agitationsbedürfnisse im Innern nach außen hin, durch die die Lebensinteressen des deutschen Volkes auf lange Sicht gefährdet werden". Aber seit dem reichlich verunglückten Versuch, im Dezember 1930 den Reichstag zu einem einheitlichen Protest gegen die Deutschenverfolgungen in Polen zusammenzubringen, ist wohl kaum wieder daran gedacht worden, das deutsche Volk oder gar den Reichstag zu einer wirklich einheitlichen geschlossenen außenpolitischen Stellungnahme zu veranlassen. Und man vermißt daher das heute Notwendigste beim jetzigen Zusammensein des Reichstages: Laut und in voller, für das Ausland nicht zu überhörenden Weise zu sagen, was ganz Deutschland denkt und wie es zu handeln entschlossen ist in der Frage unserer Tribute und des Memellandes.

*

Im allgemeinen blieb man eben im Reichstag mehr oder weniger — meist mehr — im Rahmen des Parteipolitischen, das sich allerdings bei der Reichspräsidentenfrage zu Parteigruppierungen erweitert hat. Das lag ungefähr fest, ehe noch der Reichstag zusammentrat, — lag so fest, daß zwar eine „Sprache", aber keine „Aussprache" geführt wurde. Irgendeinen Andersdenkenden zu überzeugen, konnte niemand hoffen und mit Engelszungen zu reden, wäre ein ganz vergebliches Bemühen gewesen. „Reden Sie doch bloß nicht so viel von der „Welt"!" rief ein Nationalsozialist dem Reichskanzler zu. Nach den zahllosen Worten, die auf ebenso zahllosen Weltkonferenzen der gemeinsamen Wirtschaftsnot und dem allgemeinen Krisenelend gewidmet waren, schritten alle Völker langsamer oder schneller zur Tat der eigenen wirtschaftlichen Abschließung gegeneinander, also zum geraden Gegenteil des vorher so warm Empfohlenen, zum „blinden Krieg" aller gegen alle, wie es der Reichskanzler nannte. Man beginnt es auch schon einzusehen, wie furchtbare Zerstörungen jener „blinde Krieg" anrichtete und anrichtet. Man beginnt einzusehen, daß kein Volk ohne „die Welt" auszukommen vermag. Man beginnt auch schon, dieser Einsicht Worte zu verleihen, — aber nicht das Wort ist ein Beginn, sondern noch immer gilt, was Faust in seinem Monolog sagt:

„Mir hilft der Geist! Auf einmal seh' ich Rat
Und schreib' getrost: Im Anfang war die Tat!"

Dr. Pr.

Die Regierung Brüning bleibt

Mißtrauensanträge im Reichstag abgelehnt.

Mit 289 gegen 246 Stimmen.

Der Reichstag lehnte die Mißtrauensanträge der Nationalsozialisten, der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten gegen die Reichsregierung in einer gemeinsamen Abstimmung mit 289 gegen 246 Stimmen ab. Mit den Antragstellern stimmten auch das Landvolk und die Sozialistische Arbeiterpartei.

Man kann heute lediglich sagen: Vierter Tag der Reichstagsverhandlung. Denn man muß es vermeiden, von einem Endkampf zu sprechen, weil die Kämpfe in den drei vorangegangenen Tagen die Kräfte der Stimmen und der Nerven so erschöpft zu haben scheinen, daß für den vierten Tag nur noch wenig davon übrigbleibt. Müdigkeit liegt über dem Hause, liegt über den Rednern, liegt über den zahlreichen Zuhörern, — von irgendwelcher Spannung ist nicht die Rede; mit einem gewissen Fatalismus läßt man vielmehr die noch ausstehenden Redner über sich ergehen. Man weiß genau, weiß es aus langer Erfahrung als Parlamentarier, daß nichts so schmerzlich wirkt, als wenn ein Redner die vorbereitete Rede nicht von sich geben kann.

Man nimmt das hin, da es nun einmal so sein muß. Mit irgendeiner Sensation, deren es ja in den vergangenen Tagen so zahlreiche gegeben hat, rechnet man nicht mehr und daher sehnt man das Ende herbei. Man wünscht nur, daß die ganze Geschichte endlich ausgestanden sei, schon deswegen, weil doch eigentlich niemand mehr daran zweifelt, daß das Kabinett und die hinter ihm stehenden Parteien das Rennen machen. Hatte doch die Wirtschaftspartei bereits durch ihren Redner erklären lassen, daß sie das Mißtrauensvotum gegen das Kabinett ablehnen würde, und ebenso wußte man, daß auch die Deutsche Volkspartei keineswegs geschlossen gegen die Regierung Brüning stimmen würde.

Und so läßt man sechs Stunden lang Redner auf Redner leidend über sich ergehen. Matt und erschöpft, aber auch die Zuhörer erschöpfend, plätschert das Bächlein der Worte dahin. Und als auch endlich die erwarteten Ausführungen des Reichsfinanzministers über die Bankenreorganisation und die Reichsfinanzen ohne größere Störungen vorübergeglitten sind, ertönt das erlösende Wort des Präsidenten Loebe: „Damit ist die Aussprache geschlossen; wir schreiten zur Abstimmung."

Und nun erfolgt die einstimmige Annahme des Punktes, der ursprünglich als einziger auf der Tagesordnung gestanden hatte, nämlich die Festsetzung der Termine für die Reichspräsidentenwahl. Mit einiger Heiterkeit wird diese Einigkeit vom Hause selbst begrüßt, doch ist es ein Gelächter, das ein wenig nach Selbstverspottung klingt.

Ohne äußere und wohl ohne innere Spannung erfolgt dann die entscheidende Abstimmung, die die verschiedenen Mißtrauensvoten gegen das Reichskabinett als Ganzes betrifft. Das Ergebnis, das für das Kabinett eine Mehrheit von 25 Stimmen bringt, überrascht niemanden mehr und wird nicht einmal mit sehr lautem Beifall von den Regierungsparteien begrüßt, während die Rechtsopposition und die Kommunisten das Resultat fast stillschweigend hinnehmen.

Damit schwinden auch die letzten Reste jeder Spannung, und mit möglichst schnellen Schritten geht es dem Ende zu. Die Mißtrauensanträge gegen die Minister verfallen ebenso der Ablehnung wie die Anträge auf Auflösung des Reichstages. Das Ende ist erreicht und die Abgeordneten eilen, um zum Anfang zurechtzukommen, nämlich zum Anfang des Wahlkampfes um den neuen Reichspräsidenten.

Dr. Pr.

*

Sitzungsbericht.

(60. Sitzung.) CB. Berlin, 26. Februar.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung mit der im Hause aufsehenerregenden Mitteilung, daß auch der Abg. Glatzel (D. Vp.) beurlaubt worden ist.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abg. **Gottheiner** (Dtn.) gegen die

Rundfunkübertragung der Rede des Reichskanzlers,

die erfolgt sei, obwohl der Ältestenrat sich dagegen ausgesprochen und auch die Reichsregierung die Absicht einer Rundfunkübertragung bestritten hatte.

Präsident Löbe erwidert, die Vorwürfe könnten sich allein gegen ihn richten. Seit geraumer Zeit würden alle Verhandlungen des Reichstages aufgenommen und zunächst die Platten einer Bibliothek einverleibt. Er sei aufgefordert worden, seine Genehmigung zur Verbreitung der Reichskanzlerrede zu geben. Diesem Ansuchen habe er entsprochen. (Beifall in der Mitte und bei den Soz.)

Weiter macht der Präsident Mitteilung von einem inzwischen eingegangenen Antrag Oberfohren (Dtn.): Der Reichstag wolle beschließen, der

Reichspräsident wird verpflichtet, sein Amt niederzulegen.

Abg. **Rosenberg** (Nat.-Soz.) wendet sich den Ausführungen des Kanzlers zu. Der Kanzler habe geglaubt, Angriffe von ihm, dem Redner, zurückweisen zu müssen, der am 9. November 1918 noch nicht gewußt habe, was sein Vaterland sei. Zehn Millionen Auslandsdeutsche würden heute von der Verspottung ihres deutschen Schicksals erfahren. (Händeklatschen bei den Nat.-Soz.) Der Zusammenbruch Deutschlands sei auch ein Zusammenbruch der Balten gewesen. Diese Balten hätten jahrhundertelang um ihr Deutschtum gekämpft. (Lebhafte Zurufe von den Soz. — Große Unruhe. — Abg. Dr. Kleiner (Dtn.) ersucht den Präsidenten um eine Rüge für sozialdemokratische Zwischenrufer.)

Abg. Dr. **Frick** (Nationalsoz.) beantragt, den Reichsfinanzminister herbeizurufen, da sich der Abgeordnete Reinhardt (Nationalsoz.) in seiner Rede mit der Politik des Finanzministers beschäftigen wolle.

Während der Auszählung, die dann erfolgt, erscheint der Reichsfinanzminister im Saal. Als das Ergebnis der Abstimmung bekannt wird — der Antrag ist mit 210 gegen 180 Stimmen bei drei Enthaltungen abgelehnt worden —, verläßt Reichsfinanzminister Dietrich unter stürmischem Händeklatschen der Mitte und der Linken wieder seinen Platz. — Abg. Reinhardt (Nationalsoz.) teilt dem Präsidenten daraufhin mit, daß er auf seine Wortmeldung verzichte. (Heiterkeit.)

Abg. **Bausch** (Christlichsoz.): Der Christlichsoziale Volksdienst hat sich

von dem System der Parteienherrschaft losgesagt.

Die Regierung hat ihr Möglichstes zur Überwindung der Krise getan. Sie hat Anspruch auf sachliche Unterstützung durch den Reichstag. Die Bildung einer anderen Regierung ist nicht möglich. Ein großer Mann, wie Sie (nach rechts) nie einen haben werden, Bismarck, hat einmal versucht, mit der Gewalt zu regieren. Die Folge war, daß die Sozialdemokraten in doppelter Zahl in den Reichstag kamen. (Lärm bei den Nationalsozialisten. — Der Abgeordnete Kleiner [Dtn.] wird wegen eines Zwischenrufes zur Ordnung gerufen.)

Abg. Frau **Juchacz** (Soz.) spricht von der Schicksalsstunde der deutschen Frau, die weder für Hitler noch Duesterberg noch Thälmann ihre Stimme abgeben könne. Ihr Kampf könne allein dem Faschismus gelten.

Abg. **Neubauer** (Komm.) meint, der Kanzler habe die ganzen Phrasen der Sozialdemokraten von dem kleineren Übel widerlegt.

Abg. Dr. **Weber** (Staatspartei) begründete seinen Angriff gegen die Nationalsozialisten vom Mittwoch mit der Verlesung von Zeitungsstimmen, Versammlungsreden, Dienstvorschriften und Sturmliedern der SA. Die Nationalsozialisten hatten zu Beginn seiner Ausführungen den Saal verlassen.

Der deutschnationale Abg. **Schulze-Stapen** nahm sich vor allem der Landwirtschaft an. Die reichsten Böden Deutschlands seien produktionsunfähig geworden. Das Kabinett Brüning müsse zurücktreten.

Abg. **Crispien** (Soz.): So wie heute keine deutschen Kleinstaaten mehr Krieg gegeneinander führen werden, werde es einmal ein einziges Europa geben.

Dr. **Rosenfeld** (Soz. Arbeiterpartei) polemisierte gegen das Kabinett Brüning und gegen die Sozialdemokratische Partei und trat für die Wahl des kommunistischen Reichspräsidentenkandidaten ein.

Abg. Dr. **Föhr** (Ztr.): Selbstverständlich können wir auf eine Revision der Ostgrenzen nicht verzichten. (Die nationalsozialistischen Abgeordneten Ley und Florian erhalten Ordnungsrufe.) Die ganze Zentrumspartei steht in unverbrüchlicher Treue zum Kanzler, zu seiner Politik und zum Reichspräsidenten.

Abg. **Lucke** (Wirtschaftspartei) wendet sich gegen die Behauptung, der Kanzler hätte die Stimmen der Wirtschaftspartei am 16. Oktober 1931 nur bekommen, als er in letzter, entscheidender Stunde einen

Scheck über 500 000 Mark für die Deutsche Mittelstandsbank

ausgehändigt hätte. Auf die Bitte der Wirtschaftspartei habe der Kanzler schriftlich bestätigt, daß an dieser Behauptung kein wahres Wort sei. Wer nochmals außerhalb oder innerhalb des Reichstages behaupte, die Wirtschaftspartei hätte ihre Abstimmung zugunsten des Kabinetts von finanziellen Zugeständnissen direkt oder indirekt in irgendwelcher Art abhängig gemacht, sei ein erbärmlicher Ehrabschneidere und gewissenloser Verleumder.

Abg. Dr. **Marx** (Ztr.) erklärt, das Zentrum habe Hindenburg stets als einen Mann vorbildlicher Pflichttreue und Hingabe an das Vaterland geschätzt, und es habe hierin seine Meinung nicht zu ändern brauchen. Das Zentrum trage wahrhaftig keine Schuld daran, wenn jetzt Zerrissenheit der Volkskräfte bei der Wiederwahl festzustellen sei. Um so mehr habe es Grund, mit aller Entschiedenheit auch dagegen Protest zu erheben,

daß der konfessionelle Kampf entfacht werde

und daß man dem Zentrum staatsfeindliche Gesinnung vorwerfe. Das Zentrum stehe zu Hindenburg, weil er Volkskandidat und nicht Kandidat einer Partei sei.

Abg. Dr. **Everling** (Dtn.) bezeichnete die Tatsache der Übertragung der Brüning-Rede im Rundfunk als typisch für die mangelnde Ehrlichkeit des Systems. Gegen den Pessimismus des Volkes könnten nur die Erfolge

eines neuen Mannes und einer neuen Regierung

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF